

AStA der Universität Bremen
Universität Bremen
Bibliothekstraße 3, StH
28359 Bremen
Telefon: 0421/218-69733
asta@uni-bremen.de



Bremen, den 04/08/2014

Bildungssenatorin in der Pflicht – Stoppt den Wissenschaftsplan 2020

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bremen fordert einen sofortigen Stopp des Wissenschaftsplans 2020. Bei der für morgen angesetzten Senatsentscheidung müssen sich die Zuständigen zu den öffentlichen Hochschulen des Landes und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bekennen, was nur durch eine konsequente Ablehnung der bestehenden Vorlage gewährleistet ist. In den vergangenen Wochen gingen die Studierenden der öffentlichen Hochschulen für ihr Anliegen nach angemessen ausfinanzierter Bildung auf die Straße. Zuletzt schlugen sie auf dem Marktplatz ihre Zelte auf, um unter anderem für einen sofortigen Stopp der Pläne der Bildungssenatorin zu demonstrieren.

"Die Bildungssenatorin kommt ihrer Verpflichtung die öffentlichen Bildungseinrichtungen auszufinanzieren und zu schützen nicht einmal ansatzweise nach. Angesichts der wiederholten Weiterfinanzierung der privaten Jacobs University sind Kürzungen an den öffentlichen Hochschulen mit gesundem Menschenverstand nicht mehr erklärbar. Darüber hinaus gab es noch kein Statement des Senats, was mit den für die öffentlichen Bildungseinrichtungen gebundenen Mitteln durch die Bafög-Übernahme des Bundes geschehen soll – die Zweckentfremdung der Gelder durch Stopfen der Haushaltslöcher zeichnet sich bereits ab", erklärt Paul Naujoks, Referent für Gewerkschaft und Universität.

Die jüngsten Proteste haben gezeigt, dass die Studierenden auch weiterhin bereit sind, gegen die unhaltbaren Zustände an den öffentlichen Hochschulen zu demonstrieren: Der anhaltende Sanierungsstau bei den Gebäuden und der fortschreitende Abbau von Lehrpersonal haben die Lage an der Universität schon in der Vergangenheit drastisch verschärft. Der Wissenschaftsplan 2020 setzt dem noch einen oben drauf, da hiernach der beliebteste Studiengang an der Universität, die Psychologie, geschlossen werden soll.

"Die Ökonomisierung des Lehrbetriebs durch Verlagerung der Hochschulfinanzierung auf Drittmittel widerspricht dem Bildungsauftrag einer öffentlichen Universität. Die geplante Schließung des

Studiengang Psychologie ist zudem ein trauriges Beispiel, wie ein gesellschaftlich hoch relevantes Fach dem Rotstift zum Opfer fällt, da es finanziell nicht mehr lukrativ erscheint. Wir werden den Protest dagegen nicht nur aufrecht erhalten, sondern werden ihn in den nächsten Monaten deutlich ausweiten," ergänzt Jannik Sohn, Referent für politische Bildung und Soziales.